Gesetz : Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 10.

Inhalt: Gefet, betreffend bie Erweiterung bes Stadtfreises Gelsenfirden, S. 69. - Allerhöchfter Erlaß, betreffend bie Errichtung einer Bergwerfsdirektion in Dortmund, S. 100.

(Nr. 10431.) Gesetz, betreffend die Erweiterung des Stadtfreises Gelsenkirchen. Vom 31. März 1903.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Einziger Paragraph.

Die Landgemeinden Bismarck, Bulmke, Hüllen, Ückendorf, Schalke und Heffler werden vom 1. April 1903 ab, unter Abtrennung von dem Landkreise Gelsenkirchen, mit der Stadtgemeinde und dem Stadtkreise Gelsenkirchen nach Maßgabe der in den Anlagen unter Nr. I bis VI abgedruckten Berträge vom 20. November, 5. und 15. Dezember 1902 vereinigt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 31. März 1903.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Bülow. Schönstedt. v. Goßler. Gr. v. Posadowsky. v. Tirpity. Studt. Frhr. v. Rheinbaben. v. Podbielski. Frhr. v. Hammerstein. Möller. Budde.

Vereinigungsvertrag.

Zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und der Landgemeinde Bismarck wird nachstehender Vertrag abgeschlossen.

§ 1.

Vom 1. April 1903 ab wird die Landgemeinde Bismarck mit der Stadtgemeinde Gelsenkirchen vereinigt.

\$ 2.

Mit dem Tage der Vereinigung werden die Aktiva und Passiva beider Gemeinden zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen. Stiftungsvermögen bleibt jedoch den stiftungsmäßigen Zwecken nach wie vor erhalten.

\$ 3.

Die für Bismarck erlassenen Ortsstatute, Steuerordnungen, Reglements und Polizeiverordnungen bleiben einstweisen in Krast, bis sie im ordnungsmäßigen Wege aufgehoben werden, sofern nicht in diesem Vertrag etwas anderes bestimmt ist.

§ 4.

- 1. Bis zum 1. Januar 1915 bilden die jetzige Stadtgemeinde Gelsenfirchen und die jetzige Landgemeinde Bismarck je einen besonderen Wahlbezirk. Die juristischen Personen, welche im Jahre 1902 in mehreren der beteiligten Gemeinden Wahlrecht haben, behalten ihr Wahlrecht in jedem der entsprechenden Wahlbezirke dis zum 1. Januar 1915; bei Bildung der Gemeindewählerlisten der einzelnen Bezirke ist der auf die Gesamtstadt entsallende Satz an direkten Staats- und Gemeindesteuern einer jeden dieser juristischen Personen nach dem gleichen Berhältnisse zu verteilen, nach welchem im Jahre 1902 der damals auf jede derselben entsallende Gesamtsatz derselben Steuerarten in den Wählerlisten verteilt ist.
- 2. In jedem Wahlbezirke entfällt für die Zeit bis zum 1. Januar 1909 auf je 2000 der bei der Personenstandsaufnahme im November 1902 ermittelten Einwohner ein Stadtverordneter mit der Maßgabe, daß die über ein Vielfaches von 2000 überschießende Einwohnerzahl gleich 2000 gerechnet wird, wenn sie mindestens 1000 beträgt, andernfalls aber unberücksichtigt bleibt.

Hiernach entfallen auf den jetigen Stadtbezirk Gelfenkirchen mit 37.040 Ginwohnern 19 Stadtverordnete, auf Bismarck mit 22 020 Einwohnern 11 Stadtverordnete.

3. Für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 1. Januar 1915 foll - abgesehen von zweckmäßiger, durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließender Albrundung nach oben oder unten — eine Beränderung der Bahl der Stadtverordneten nicht eintreten, und daher dann erneut auf Grund der im November 1907 stattfindenden Personenstandsaufnahme festgestellt werden, auf wie viele Einwohner ein Stadtverordneter und wie viele Stadtverordnete auf jeden Wahlbezirk entfallen. Der Ausgleich hat bei der Wahl im November 1908 zu gescheben.

4. Ift die nach Borftehendem auf einen Wahlbezirk entfallende Bahl der Stadtverordneten durch 3 nicht teilbar, so ift, je nachdem der Rest 2 ober 1 beträgt, entweder von der I. und III. oder von der II. Wahlabteilung je 1 Stadt-

verordneter mehr zu wählen, als von der oder den anderen Abteilungen. 5. Bon ben zuerst - für die Zeit bis 1. Januar 1909 - zu mählenden Stadtverordneten (vgl. § 5) jeder Abteilung jeden Wahlbezirks scheidet am 1. Januar 1905 ein Drittel und die etwa über ein Bielfaches von 3 überschießende Sahl, am 1. Januar 1907 ein weiteres Drittel aus. Für jede Abteilung wird durch das Los bestimmt, wer am 1. Januar 1905 und 1. Januar 1907 auszu-

scheiden hat.

Hat ein Wahlbezirk weniger als 9 Stadtverordnete, so wird die Reihenfolge des Ausscheidens ebenfalls durch das Los bestimmt.

Im übrigen regelt fich das Wahlverfahren nach Titel II der Städteordnung

für die Provinz Westfalen.

6. Das für die Stadt Gelfenkirchen geltende Ortsftatut vom 28. August 1902 über die Bildung der Gemeinde-Bahlerabteilungen nach dem Maßstabe der Zwölftelung erhält Gültigfeit auch für die Gemeinde Bismarck und fommt bereits für die ersten Stadtverordnetenwahlen (§ 5) zur Anwendung. Die zufünftige Stadtverordnetenversammlung foll in Anderung des Statuts nicht behindert sein.

\$ 5.

Die Wahlen zu ber nach § 4 zu bildenden Stadtverordnetenversammlung können schon vor dem Tage der Bereinigung stattfinden. Die hierzu erforderlichen Anordnungen hat der Erste Bürgermeister von Gelsenkirchen, für Bismarck im Einvernehmen mit dem Amtmann des Aintes Bismard zu treffen.

manufactud od tenders manufact \$ 16. n. n. negolich ver 1. Der Erste Bürgermeister Machens in Gelsenkirchen — beffen Wahl periode bis zum 1. Mai 1912 läuft — verbleibt an der Spipe der Berwaltung ber erweiterten Stadtgemeinde. Er bezieht ein Gehalt von 15 000 Mart und freie Dienstwohnung, deren penfionsfähiger Wert auf 1500 Mark festgesetzt wird. Außerdem bezieht der Erste Bürgermeister Machens eine nicht pensionsfähige Entsschädigung für Nepräsentations und Fuhrkosten innerhalb des Stadtbezirkes von insgesamt 3 000 Mark jährlich.

Bei seiner Pensionierung kommen nach dem Stadtverordnetenbeschlusse vom 28. August 1902 außer der im Dienste der Stadt Gelsenkirchen verbrachten Zeit

6 auswärtige Dienstjahre in Anrechnung.

2. Der Amtmann von Sberstein in Bismarck wird als besoldeter Beisgeordneter mit selbständigem Dezernat im Dienste der Stadtgemeinde auf 12 Jahre angestellt. Sein Gehalt wird auf 9 000 Mark sestgesetzt. Außerdem behält er seine Dienstwohnung im vollen bisherigen Umsange. Ihr Wert ist bei Berechsnung des pensionsfähigen Diensteinkommens mit 1 000 Mark anzusehen. Im Valle seiner Pensionierung wird sein Nuhegehalt in der Weise sestsetzt, daß bei Berechnung der Zahl der Dienstzahre außer den im städtischen Dienste versbrachten Jahren auch diesenigen Jahre in Ansah gebracht werden, welche in Anrechnung zu bringen gewesen wären, wenn Amtmann von Sberstein am 1. April 1903 in Ruhestand getreten wäre.

Im Nange und Diensteinkommen dürfen ihm nur der Erste Bürgermeister Machens und, sofern auch die Landgemeinde Schalke mit der Stadt Gelsenkirchen vereinigt wird und der Amtmann Klose in den Dienst der Stadt tritt, dieser vorgehen. Sollte ersterer ausscheiden und Amtmann von Eberstein nicht als Nachfolger gewählt werden, so hat er das Recht aus dem Dienste der Stadt auszutreten, die alsdann verpflichtet ist, ihm sein jeziges Diensteinkommen mit 7000 Mark auf Lebenszeit zu zahlen, wogegen er jeden Anspruch auf Pensson,

jedoch nicht auf Witwen- und Waisenversorgung verliert.

Bei Behinderung des Ersten Bürgermeisters werden die künftigen Beisgeordneten Klose, von Eberstein und von Wedelstaedt die Vertretung abwechselnd nach näherer Bestimmung übernehmen. Für den künftigen Beigeordneten von Eberstein ist die Genehmigung zur Führung des Titels "Bürgermeister"

nachzusuchen.

3. Die übrigen zur Zeit der Vereinigung im Dienste des Amtes Bismarck und der Gemeinde Bismarck stehenden Beamten sowie die Lehrpersonen gehen von diesem Zeitpunkt an mit ihrem Diensteinkommen und ihren Ansprüchen auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenwersorgung in den Dienst der erweiterten Stadtzemeinde über. Läßt sich in einzelnen Fällen eine Schädigung ihrer jetzigen Dienststellung nicht vermeiden, so sind Entschädigungen nach billigem Ermessen durch die zukünstige Stadtverordnetenversammlung zu bewilligen.

\$ 7.

1. Der Sitz der städtischen Hauptverwaltung verbleibt in der jetzigen Stadt Gelsenkirchen.

2. Die Sparkasse in Ückendorf geht in den Besitz der erweiterten Stadtsgemeinde über, welche vom Tage der Vereinigung ab den Garantieverband für die Sparkasse bildet. Sie bleibt jedoch so lange als selbständige Sparkasse be-

stehen, bis die Stadtverordnetenversammlung die Vereinigung mit der Sparkasse in Gelsenkirchen beschließt.

3. Das im Abf. 2 Gesagte gilt sinngemäß auch von der Sparkasse in

Gelsenfirchen.

\$ 8.

Die Art der Besteuerung soll in der zukunftigen erweiterten Stadtgemeinde

mit folgenden Alusnahmen gleich fein:

- a) Solange in der jetigen Stadt Gelsenkirchen Schulsvzietäten bestehen und Schulsteuern erhoben werden, sollen diese den Steuerpslichtigen daselbst auf die von ihnen zu zahlenden Gemeindesteuern angerechnet werden.
- b) In der jetzigen Gemeinde Ückendorf erhalten die beiden Kirchengemeinden Zuschüsse aus der Gemeindekasse, die sich auf 1 Mark für jeden evangelischen und katholischen Sinwohner belaufen. Diese Zuschüsse sollen auch serner aus der Stadtkasse gezahlt werden. Dafür sind die Zuschläge zur Sinkommensteuer derzenigen Personen, Gesellschaften usw., die nach § 33 des Kommunalabgabengesetzes in der Gemeinde Ückendorf steuerpslichtig wären, wenn diese selbständig bliebe, um so viel höher zu belasten, daß dadurch die Ausgabe für die Zuschüsse gedeckt wird. Innerhalb der ersten 15 Jahre vom Tage der Bereinigung ab darf kein Zuschuß an eine Kirchengemeinde gewährt werden, der eine Mehrbelastung für die Singesessenn von Bismarck bedingt.

c) Die in der jetigen Stadt Gelsenkirchen eingeführte Grundsteuer nach dem gemeinen Werte ist — vorbehaltlich eines anderweitigen Beschlusses der künftigen Stadtverordnetenversammlung — für den Bezirk der Gemeinde Bismarck nicht maßgebend. An ihrer Stelle werden Zuschläge zur staatlich veranlagten Grunds und Gebäudeskeuer von solcher Höhe erhoben, wie sie in Gelsenkirchen zur Deckung des Solls der

städtischen Grundsteuer erforderlich sein würden.

\$ 9.

Dieser Vertrag wird geschlossen in Kenntnis von den gleichzeitig zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und den Landgemeinden Vulmke, Hüllen, Ückendorf geschlossenen Vereinigungsverträgen. Die Landgemeinde Vismarck tritt denselben damit bei.

\$ 10.

Unter dem Vorsitze des Ersten Bürgermeisters Machens wird aus diesem, den Amtmännern von Sberstein und von Wedelstaedt und den Herren:

1. Direktor Leibold,

2. Direktor Großbüning,

3. Generaldirektor Burgers,

4. Dr. Wilhelms

für Amt Bismarck,

5. Direktor Naderhoff,

6. Justigrat Greve,

7. Sanitätsrat Dr. Falckenberg für Gelfenkirchen,

8. Direktor Bingel,

9. Gemeindevorsteher Beckmann

eine Kommission gebildet.

Die Kommission erhält von allen beteiligten Gemeinden den Auftrag und die Vollmacht:

1. bis zum Inkrafttreten der Bereinigung bindende Übergangsbestimmungen zu treffen;

2. Beschlüffe ber zufünftigen Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten;

3. Anderungen der sämtlichen Vereinigungsverträge vorzunehmen, welche von der Königlichen Staatsregierung von Aufsichts wegen gefordert werden;

4. mit den Landgemeinden Schalke und Heftler über auch ihre Bereinigung mit der Stadt Gelfenkirchen zu verhandeln und nach ergebnisvollem Verlaufe der Verhandlungen einen Vereinigungsvertrag zu schließen.

Die Kommission ist, wenn ihre Mitglieder nach den Bestimmungen der Städtes oder Landgemeindeordnung ordnungsmäßig geladen sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Gibt eine Kommissionsmitglied je nach seinem Wohnorte dem Ersten Bürgermeister in Gelsenkirchen, dem Amtmann vom Bismarck, dem Amtmann von Ückendorf oder dem Gemeindevorsteher von Hester Nachricht von seiner Behinderung, so hat dieser einen Stellvertreter zu bestimmen und zu laden. Diese Ladung ist an Formen und Fristen nicht gestunden. Die Kommission faßt ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit.

Das Mandat der Kommission erlischt mit dem Zusammentritte der zufünftigen Stadtverordnetenversammlung. Von jeder Sitzung der Kommission ist unter Angabe der Tagesordnung dem Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg und dem Herrn Landrat in Gelsenkirchen Mitteilung zu machen, damit diese an

den Sitzungen teilnehmen oder sich vertreten laffen können.

\$ 11.

Sollte die Vereinigung der Gemeinden noch nicht zum 1. April 1903 stattsinden können, so kann durch Gesetz oder Königliche Verordnung — je nachbem die Vereinigung auf dem einen oder anderen Wege zu erfolgen hat — ein anderer Zeitpunkt für die Vereinigung festgesetzt werden. Geschieht dies, so tritt überall, wo in diesem Vertrage vom 1. April 1903 die Rede ist, an dessen Stelle der anderweit festgesetzte Zeitpunkt.

Gelsenkirchen, den 20. November 1902.

(Folgen Unterschriften.)

Vereinigungsvertrag.

Zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und der Landgemeinde Bulmke wird nachstehender Vertrag abgeschlossen.

\$ 1.

Vom 1. April 1903 ab wird die Landgemeinde Bulinke init der Stadtgemeinde Gelsenkirchen vereinigt.

\$ 2

Mit dem Tage der Bereinigung werden die Aftiva und Passiva beider Gemeinden zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen. Stiftungsvermögen bleibt jedoch den stiftungsmäßigen Zwecken nach wie vor erhalten.

§ 3.

Die für Bulmke erlassenen Ortsstatute, Steuerordnungen, Neglements und Polizeiverordnungen bleiben einstweilen in Kraft, bis sie im ordnungsmäßigen Wege aufgehoben werden, sofern nicht in diesem Bertrag etwas anderes bestimmt ist.

§ 4. The property of the second secon

1. Bis zum 1. Januar 1915 bilden die jetige Stadtgemeinde Gelsenfirchen und die jetige Landgemeinde Bulmke je einen besonderen Wahlbezirk.

Die juristischen Personen, welche im Jahre 1902 in mehreren der beteiligten Gemeinden Wahlrecht haben, behalten ihr Wahlrecht in jedem der entsprechenden Wahlbezirke bis zum 1. Januar 1915; bei Vildung der Gemeindewählerlisten der einzelnen Bezirke ist der auf die Gesamtstadt entfallende Sat an direkten Staats und Gemeindesteuern einer jeden dieser juristischen Personen nach dem gleichen Verhältnisse zu verteilen, nach welchem im Jahre 1902 der damals auf jede derselben entfallende Gesamtsat derselben Steuerarten in den Wählerlisten verteilt ist.

2. In jedem Wahlbezirk entfällt für die Zeit bis zum 1. Januar 1909 auf je 2000 der bei der Personenstandsaufnahme im November 1902 ermittelten Einwohner ein Stadtverordneter mit der Maßgabe, daß die über ein Vielfaches von 2000 überschießende Einwohnerzahl gleich 2000 gerechnet wird, wenn sie mindestens 1000 beträgt, andernfalls aber unberücksichtigt bleibt.

Hiernach entfallen auf den jetigen Stadtbezirk Gelsenkirchen mit 37 040 Einwohnern 19 Stadtverordnete, auf Bulinke mit 12 268 Einwohnern 6 Stadtverordnete.

3. Für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 1. Januar 1915 foll — absgesehen von zweckmäßiger, durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließender Abrundung nach oben oder unten — eine Veränderung der Zahl der Stadtwerordneten nicht eintreten, und daher dann erneut auf Grund der im November 1907 stattsindenden Personenstandsaufnahme festgestellt werden, auf wie viele Sinwohner ein Stadtverordneter und wie viele Stadtverordnete auf jeden Wahlbezirk entsfallen. Der Ausgleich hat bei der Wahl im November 1908 zu geschehen.

4. Ist die nach Vorstehendem auf einen Wahlbezirk entkallende Zahl der Stadtverordneten durch 3 nicht teilbar, so ist, je nachdem der Rest 2 oder 1 besträgt, entweder von der I. und III. oder von der II. Wahlabteilung je 1 Stadt-

verordneten mehr zu wählen, als von der oder den anderen Abteilungen.

5. Von den zuerst — für die Zeit bis 1. Januar 1909 — zu wählenden Stadtverordneten (vgl. § 5) jeder Abteilung jeden Wahlbezirkes scheidet am 1. Januar 1905 ein Drittel und die etwa über ein Vielkaches von 3 überschießende Zahl, am 1. Januar 1907 ein weiteres Drittel aus. Für jede Abteilung wird durch das Los bestimmt, wer am 1. Januar 1905 und 1. Januar 1907 auszusscheiden hat.

Hat ein Wahlbezirk weniger als 9 Stadtverordnete, so wird die Neihensfolge des Ausscheidens ebenfalls durch das Los bestimmt. Im übrigen regelt sich das Wahlversahren nach Titel II der Städteordnung für die Provinz Westfalen.

6. Das für die Stadt Gelsenkirchen geltende Ortsstatut vom 28. August 1902 über die Bildung der Gemeindewählerabteilungen nach dem Maßstade der Zwölftelung erhält Gültigkeit auch für die Gemeinde Bulmke und kommt bereits für die ersten Stadtverordnetenwahlen (§ 5) zur Anwendung. Die zukünstige Stadtverordnetenwersammlung soll in Änderung des Statuts nicht behindert sein.

5.6. Rufe je einem bolomb

Die Wahlen zu der nach § 4 zu bildenden Stadtverordnetenversammlung können schon vor dem Tage der Bereinigung stattfinden. Die hierzu erforder-lichen Anordnungen hat der Erste Bürgermeister von Gelsenkirchen für Bulmte im Einvernehmen mit dem Amtmann des Amtes Bismarck zu treffen.

\$ 6.

1. Der Erste Bürgermeister Machens in Gelsenkirchen — bessen Wahlperiode bis zum 1. Mai 1912 läuft — verbleibt an der Spize der Verwaltung der erweiterten Stadtgemeinde. Er bezieht ein Gehalt von 15000 Mark und freie Dienstwohnung, deren pensionsfähiger Wert auf 1500 Mark festgesetzt wird.

Außerdem bezieht der Erste Bürgermeister Machens eine nicht pensionsfähige Entschädigung für Nepräsentationskoften und Fuhrkosten innerhalb des Stadt-

bezirfes von insgesamt 3 000 Mark jährlich.

Bei seiner Penfionierung kommen nach dem Stadtverordnetenbeschlusse vom Jugust 1902 außer der im Dienste der Stadt Gelsenkirchen verbrachten Zeit

fechs auswärtige Dienstjahre in Anrechnung.

2. Der Amtmann von Eberftein in Bismarck wird als besoldeter Beigeordneter mit selbständigem Dezernat im Dienste der Stadtgemeinde auf 12 Jahre angestellt. Sein Gehalt wird auf 9 000 Mark festgesett. Außerdem behält er seine Dienstwohnung im vollen bisherigen Umfange. Ihr Wert ist bei Berechnung des penfionsfähigen Diensteinkommens mit 1 000 Mark anzuseten. Im Falle seiner Penfionierung wird sein Ruhegehalt in der Weise festgesett, daß bei Berechnung der Sahl der Dienstjahre außer den im städtischen Dienste verbrachten Jahren auch diesenigen Jahre in Ansatz gebracht werden, welche in Unrechnung zu bringen gewesen waren, wenn Amtmann von Gberftein am 1. April 1903 in Ruhestand getreten wäre.

Ju Range und Diensteinkommen durfen ihm nur der Erste Burgermeifter Machens und, sofern auch die Landgemeinde Schalte mit der Stadt Gelsenfirchen vereinigt wird und der Amtmann Klofe in den Dienst der Stadt tritt, Diefer vorgehen. Sollte ersterer ausscheiden und Amtmann von Eberstein nicht als Nachfolger gewählt werden, fo hat er das Recht, aus dem Dienste der Stadt auszutreten, die alsdann verpflichtet ift, ihm fein jetiges Diensteinkommen mit 7 000 Mark auf Lebenszeit zu gablen, wogegen er jeden Anspruch auf Penfion,

jedoch nicht auf Witwen- und Waisenversorgung verliert.

Bei Behinderung des Erften Burgermeifters werden die fünftigen Beigeordneten Klose, von Cherstein und von Wedelstaedt die Vertretung abwechselnd nach näherer Bestimmung übernehmen. Für den fünftigen Beigeordneten von Eberstein ist die Genehmigung zur Führung des Titels "Bürgermeister" nachzusuchen.

3. Die übrigen zur Zeit der Bereinigung im Dienste des Amtes Bismard und der Gemeinde Bulmke stehenden Beamten sowie die Lehrpersonen gehen von diesem Zeitpunkt an mit ihrem Diensteinkommen und ihren Ansprüchen auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung in den Dienst der erweiterten Stadtgemeinde über. Läßt sich in einzelnen Fällen eine Schädigung ihrer jetigen Dienststellung nicht vermeiden, so sind Entschädigungen nach billigem Ermessen durch die zufünftige Stadtverordnetenversammlung zu bewilligen.

1. Der Sitz der städtischen Hauptverwaltung verbleibt in der jetigen Stadt Gelfenfirchen.

2. Die Sparkaffe in Uckendorf geht in den Besitz der erweiterten Stadt= gemeinde über, welche vom Tage der Bereinigung ab den Garantieverband für die Sparkasse bildet. Sie bleibt jedoch so lange als selbständige Sparkasse bestehen, bis die Stadtverordnetenversammlung die Vereinigung mit der Sparkasse in Gelsenfirchen beschließt.

3. Das im Abs. 2 Gefagte gilt sinngemäß auch von der Sparkaffe in

Belsenfirchen.

\$ 8.

Die Art der Besteuerung soll in der zukunftigen erweiterten Stadtgemeinde

mit folgenden Alusnahmen gleich fein:

a) Solange in der jetigen Stadt Gelsenkirchen Schulsoziekäten bestehen und Schulskeuern erhoben werden, sollen diese den Steuerpflichtigen daselbst auf die von ihnen zu zahlenden Gemeindeskeuern angerechnet werden.

b) In der jetzigen Gemeinde Uckendorf erhalten die beiden Kirchengemeinden Zuschüffe aus der Gemeindekasse, die sich auf 1 Mark für jeden evangelischen und katholichen Sinwohner belaufen. Diese Zuschüsse sollen auch ferner aus der Stadtkasse gezahlt werden. Dafür sind die Zuschläge zur Sinkommensteuer derjenigen Personen, Gesellschaften usw., die nach § 33 des Kommunalabgabengesetzes in der Gemeinde Uckendorfsteuerpflichtig wären, wenn diese selbständig bliebe, um so viel höher zu belasten, daß dadurch die Ausgabe für die Zuschüsse gedeckt wird.

c) Die in der jetzigen Stadt Gelfenkirchen eingeführte Grundsteuer nach dem gemeinsamen Werte ist — vorbehaltlich eines anderweitigen Beschlusses der künstigen Stadtwerordnetenversammlung — für den Bezirk der Gemeinde Bulmke nicht maßgebend. An ihrer Stelle werden Zuschläge zur staatlich veranlagten Grunds und Gebäudesteuer von solcher Höhe erhoben, wie sie in Gelsenkirchen zur Deckung des Solls der

städtischen Grundsteuer erforderlich sein würden.

\$ 9.

Dieser Vertrag wird geschlossen in Kenntnis von den gleichzeitig zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und den Landgemeinden Vismarck, Hüllen, Ückendorf geschlossenen Vereinigungsverträgen. Die Landgemeinde Bulmke tritt denselben damit bei.

§ 10.

Unter dem Vorsitze des Ersten Bürgermeisters Machens wird aus diesem, den Amtmännern von Eberstein und von Wedelstaedt und den Herren:

1. Direktor Naderhoff,

2. Justizrat Greve,

3. Sanitätsrat Dr. Falckenberg für Gelsenkirchen,

4. Direktor Leibold,

5. Direktor Großbuning,

6. Generaldirektor Burgers,

7. Dr. Wilhelms

für Amt Bismarck,

8. Direktor Bingel,

9. Gemeindevorsteher Beckmann für Umt Ückendorf

eine Rommission gebildet.

Diese Kommission erhält von allen beteiligten Gemeinden den Auftrag und die Vollmacht:

1. bis zum Inkrafttreten der Vereinigung bindende Übergangsbestimmungen zu treffen;

2. Beschlüffe ber zukunftigen Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten;

3. Anderungen der fämtlichen Vereinigungsverträge vorzunehmen, welche von der Königlichen Staatsregierung von Aufsichts wegen gefordert werden;

4. mit den Landgemeinden Schalke und Heßler über auch ihre Vereinigung mit der Stadt Gelsenkirchen zu verhandeln und nach ergebnisvollem Verlaufe der Verhandlungen einen Vereinigungsvertrag zu schließen.

Die Kommission ist, wenn ihre Mitglieder nach den Bestimmungen der Städtes oder Landgemeindeordnung ordnungsmäßig geladen sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Sibt ein Kommissionsmitglied je nach seinem Wohnorte dem Ersten Bürgermeister in Gelsenkirchen, dem Amtmann von Bismarck, dem Amtmann von Ückendorf oder dem Gemeindevorsteher von Heßler Nachricht von seiner Behinderung, so hat dieser einen Stellvertreter zu bestimmen und zu laden. Diese Ladung ist an Formen und Fristen nicht gebunden. Die Kommission faßt ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit.

Das Mandat der Kommission erlischt mit dem Zusammentritte der zu-

fünftigen Stadtverordnetenversammlung.

Von jeder Sitzung der Kommission ist unter Angabe der Tagesordnung dem Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg und dem Herrn Landrat in Gelsenfirchen Mitteilung zu machen, damit diese an den Sitzungen teilnehmen oder sich vertreten lassen können.

Den Gemeinden Bulmke und Hüllen wird der Ausbau einer anbaufähigen, nur zu einem Teile fertig gestellten Verbindungsstraße mit Wanne im Zuge der Philipp-, Ridder- und Bismarck-Straße bis zur Wanner Gemeindegrenze inner- balb 8 Jahren garantiert.

§ 11.

Sollte die Vereinigung der Gemeinden noch nicht zum 1. April 1903 stattsinden können, so kann durch Gesetz oder Königliche Verordnung — je nachtem die Vereinigung auf dem einen oder anderen Wege zu erfolgen hat — ein anderer Zeitpunkt für die Vereinigung sestgesetzt werden. Geschieht dies, so tritt überall, wo in diesem Vertrage vom 1. April 1903 die Nede ist, an dessen Stelle der anderweit sestgesetzt Zeitpunkt.

Gelsenkirchen, den 20. November 1902.

(Folgen Unterschriften.)

Vereinigungsvertrag.

Zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und der Landgemeinde Hüllen wird nachstehender Vertrag abgeschlossen.

\$ 1.

Vom 1. April 1903 ab wird die Landgemeinde Hüllen mit der Stadtgemeinde Gelsenkirchen vereinigt.

\$ 2.

Mit dem Tage der Vereinigung werden die Aktiva und Passiva beider Gemeinden zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen. Stiftungsvermögen bleibt jedoch den stiftungsmäßigen Zwecken nach wie vor erhalten.

\$ 3.

Die für Hüllen erlassenen Ortsstatute, Steuerordnungen, Reglements und Polizeiverordnungen bleiben einstweilen in Kraft, bis sie im ordnungsmäßigen Wege aufgehoben werden, sofern nicht in diesem Vertrage etwas anderes bestimmt ist.

§ 4

- 1. Bis zum 1. Januar 1915 bilden die jetige Stadtgemeinde Gelsenfirchen und die jetige Landgemeinde Hüllen je einen besonderen Wahlbezirk. Die
 juristischen Personen, welche im Jahre 1902 in mehreren der beteiligten Gemeinden
 Wahlrecht haben, behalten ihr Wahlrecht in jedem der entsprechenden Wahlbezirke dis zum 1. Januar 1915; bei Bildung der Gemeindewählerlisten der
 einzelnen Bezirke ist der auf die Gesamtstadt entsallende Satz an direkten Staatsund Gemeindesteuern einer jeden dieser juristischen Personen nach dem gleichen
 Verhältnisse zu verteilen, nach welchem im Jahre 1902 der damals auf jede
 derselben entsallende Gesamtsatz derselben Steuerarten in den Wählerlisten verteilt ist.
- 2. In jedem Wahlbezirk entfällt für die Zeit bis zum 1. Januar 1909 auf je 2000 der bei der Personenstandsaufnahme im November 1902 ermittelten Einwohner ein Stadtverordneter mit der Maßgabe, daß die über ein Bielfaches von 2000 überschießende Einwohnerzahl gleich 2000 gerechnet wird, wenn sie mindestens 1000 beträgt, anderenfalls aber unberücksichtigt bleibt.

Hiernach entfallen auf den jetigen Stadtbezirk Gelsenkirchen mit 37 040 Ein- wohnern 19 Stadtverordnete, auf Hüllen mit 6 938 Einwohnern 3 Stadtverordnete.

3. Für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis zum 1. Januar 1915 foll — abgesehen von zwecknäßiger, durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließender Abrundung nach oben oder unten — eine Veränderung der Zahl der Stadtverordneten nicht eintreten, und daher dann erneut auf Grund der im Movember 1907 stattsindenden Personenstandsaufnahme sestgestellt werden, auf wie viele Sinwohner ein Stadtverordneter und wie viele Stadtverordnete auf jeden Wahlbezirk entfallen. Der Ausgleich hat bei der Wahl im November 1908 zu geschehen.

4. Ist die nach vorstehendem auf einen Wahlbezirk entfallende Zahl der Stadtverordneten durch 3 nicht teilbar, so ist, je nachdem der Rest 2 oder 1 beträgt, entweder von der I. und III. oder von der II. Wahlabteilung je ein Stadtverordneter mehr zu wählen als von der oder den anderen Abteilungen.

5. Von den zuerst — für die Zeit bis 1. Januar 1909 — zu wählenden Stadtwerordneten (vgl. § 5) jeder Abteilung jeden Wahlbezirkes scheidet am 1. Januar 1905 ein Drittel und die etwa über ein Vielsaches von 3 überschießende Zahl, am 1. Januar 1907 ein weiteres Drittel aus. Für jede Abteilung wird durch das Los bestimmt, wer am 1. Januar 1905 und 1. Januar 1907 auszuscheiden hat.

Hat ein Wahlbezirk weniger als 9 Stadtverordnete, so wird die Reihen-

folge des Ausscheidens ebenfalls durch das Los bestimmt.

Im übrigen regelt sich das Wahlverfahren nach Titel II der Städteordnung

für die Provinz Westfalen.

6. Das für die Stadt Gelsenkirchen geltende Ortsstatut vom 28. August 1902 über die Bildung der Gemeindewählerabteilungen nach dem Maßstade der Zwölftelung erhält Gültigkeit auch für die Gemeinde Hüllen und kommt bereits für die ersten Stadtverordnetenwahlen (§ 5) zur Anwendung. Die zukünstige Stadtverordnetenversammlung soll in Änderung des Statuts nicht behindert sein.

\$ 5.

Die Wahlen zu ber nach § 4 zu bildenden Stadtverordnetenversammlung können schon vor dem Tage der Vereinigung stattsfinden. Die hierzu erforderlichen Anordnungen hat der Erste Bürgermeister von Gelsenkirchen, für Hüllen im Einvernehmen mit dem Amtmanne des Amtes Bismarck, zu treffen.

\$ 6.

1. Der Erste Bürgermeister Machens in Gelsenkirchen — bessen Wahlsperiode bis zum 1. Mai 1912 läuft — verbleibt an der Spite der Verwaltung der erweiterten Stadtgemeinde. Er bezieht ein Gehalt von 15 000 Mark und freie Dienstwohnung, deren pensionsfähiger Wert auf 1500 Mark sestegeset wird. Außerdem bezieht der Erste Bürgermeister Machens eine nicht pensionsfähige Entschädigung für Repräsentations und Fuhrkosten innerhalb des Stadtbezirfes von insgesamt 3 000 Mark jährlich.

Bei seiner Pensionierung kommen nach dem Stadtverordnetenbeschlusse vom 28. August 1902 außer der im Dienste der Stadt Gelsenkirchen verbrachten Zeit

6 auswärtige Dienstjahre in Anrechnung.

2. Der Umtmann von Eberstein in Bismarck wird als besoldeter Beisgeordneter mit selbständigem Dezernate im Dienste der Stadtgemeinde auf 12 Jahre angestellt. Sein Gehalt wird auf 9 000 Mark sestgesetzt. Außerdem behält er seine Dienstwohnung im vollen bisherigen Umfange. Ihr Wert ist bei Berechnung des pensionsfähigen Diensteinkommens mit 1 000 Mark anzusehen. Im Falle seiner Pensionierung wird sein Ruhegehalt in der Weise sessgest, daß bei Berechnung der Zahl der Dienstsinher außer den im städtischen Dienste verbrachten Jahren auch diesenigen Jahre in Ansah gebracht werden, welche in Ansrechnung zu bringen gewesen wären, wenn Amtmann von Eberstein am 1. April 1903 in Ruhestand getreten wäre.

Im Range und Diensteinkommen dürfen ihm nur der Erste Bürgermeister Machens und, sofern auch die Landgemeinde Schalke mit der Stadt Gelsenkirchen vereinigt wird und der Amtmann Klose in den Dienst der Stadt tritt, dieser vorgehen. Sollte ersterer ausscheiden und Amtmann von Eberstein nicht als Nachfolger gewählt werden, so hat er das Recht, aus dem Dienste der Stadt auszutreten, die alsdann verpflichtet ist, ihm sein jetziges Diensteinkommen mit 7000 Mark auf Lebenszeit zu zahlen, wogegen er jeden Anspruch auf Pensson,

jedoch nicht auf Witwen- und Waisenversorgung verliert.

Bei Behinderung des Ersten Bürgermeisters werden die künftigen Beigeordneten Klose, von Eberstein und von Wedelstaedt die Vertretung abwechselnd nach näherer Bestimmung übernehmen. Für den fünstigen Beigeordneten von Eberstein ist die Genehmigung zur Führung des Titels "Bürgermeister" nachzusuchen.

3. Die übrigen zur Zeit der Vereinigung im Dienste des Amtes Bismarck und der Gemeinde Hüllen stehenden Beamten sowie die Lehrpersonen gehen von diesem Zeitpunkt an mit ihrem Diensteinkommen und ihren Ansprüchen auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung in den Dienst der erweiterten Stadtzgemeinde über. Läßt sich in einzelnen Fällen eine Schädigung ihrer jetzigen Dienststellung nicht vermeiden, so sind Entschädigungen nach billigem Ermessen durch die zufünstige Stadtwerordnetenversammlung zu bewilligen.

\$ 7.

1. Der Sit der städtischen Hauptverwaltung verbleibt in der jetigen Stadt Gelsenkirchen.

2. Die Sparkasse in Ückendorf geht in den Besitz der erweiterten Stadtgemeinde über, welche vom Tage der Vereinigung ab den Garantieverband für
die Sparkasse bildet. Sie bleibt jedoch so lange als selbständige Sparkasse bestehen, bis die Stadtwerordnetenversammlung die Vereinigung mit der Sparkasse
in Gelsenkirchen beschließt.

3. Das im Abs. 2 Gesagte gilt sinngemäß auch von der Sparkasse in

Belsenfirchen.

\$ 8.

Die Art der Besteuerung soll in der zukunftigen erweiterten Stadtgemeinde mit folgenden Ausnahmen gleich sein:

a) Solange in der jetigen Stadt Gelfenkirchen Schulsoziekäten bestehen und Schulsteuern erhoben werden, sollen diese den Steuerpflichtigen daselbst auf die von ihnen zu zahlenden Gemeindesteuern angerechnet werden.

b) In der jetzigen Gemeinde Ückendorf erhalten die beiden Kirchengemeinden Zuschüffe aus der Gemeindekasse, die sich auf 1 Mark für jeden evangelischen und katholischen Einwohner belaufen. Diese Zuschüffe sollen auch ferner aus der Stadtkasse gezahlt werden. Dafür sind die Zuschläge zur Einkommensteuer derjenigen Personen, Gesellschaften usw., die nach § 33 des Kommunalabgabengesetzes in der Gemeinde Ückendorfsteuerpflichtig wären, wenn diese selbständig bliebe, um so viel höher zu belasten, daß dadurch die Ausgabe für die Zuschüffe gedeckt wird.

c) Die in der jetigen Stadt Gelsenkirchen eingeführte Grundsteuer nach dem gemeinen Werte ist — vorbehaltlich eines anderweitigen Beschlusses der künftigen Stadtverordnetenversammlung — für den Bezirk der Gemeinde Hüllen nicht maßgebend. Un ihrer Stelle werden Zuschläge zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer von solcher Höhe erhoben, wie sie in Gelsenkirchen zur Deckung des Solls der städtischen Grundsteuer erforderlich sein würden.

\$ 9.

Dieser Vertrag wird geschlossen in Kenntnis von den gleichzeitig zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und den Landgemeinden Bismarck, Bulmke, Ackendorf geschlossenen Vereinigungsverträgen. Die Landgemeinde Hüllen tritt denselben damit bei.

§ 10.

Unter dem Vorsitze des Ersten Bürgermeisters Machens wird aus diesem, den Amtmännern von Eberstein und von Wedelstaedt und den Herren:

1. Direktor Naderhoff,

2. Justigrat Greve,

3. Sanitätsrat Dr. Falckenberg für Gelsenkirchen,

4. Direktor Leibold,

5. Direktor Großbüning,

6. Generaldirektor Burgers,

7. Dr. Wilhelms

für Umt Bismarck,

8. Direktor Bingel,

9. Gemeindevorsteher Beckmann für Umt Ückendorf

eine Kommission gebildet.

Diese Kommission erhält von allen beteiligten Gemeinden den Auftrag und die Vollmacht:

1. bis zum Infrafttreten der Vereinigung bindende Übergangsbeftimmungen zu treffen;

2. Beschlüsse der zukunftigen Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten;

3. Anderungen der fämtlichen Vereinigungsverträge vorzunehmen, welche von der Königlichen Staatsregierung von Aufsichtswegen gefordert werden;

4. mit den Landgemeinden Schalke und Heßler über auch ihre Vereinigung mit der Stadt Gelsenkirchen zu verhandeln und nach ergebnisvollem Verlaufe der Verhandlungen einen Vereinigungsvertrag zu schließen.

Die Kommission ist, wenn ihre Mitglieder nach den Bestimmungen der Städtes oder Landgemeindeordnung ordnungsmäßig geladen sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Gibt ein Kommissionsmitglied je nach seinem Wohnorte dem Ersten Bürgermeister in Gelsenkirchen, dem Amtmann von Bismarck, den Amtmann von Ückendorf oder dem Gemeindevorsteher von Heßler Nachricht von seiner Behinderung, so hat dieser einen Stellvertreter zu bestimmen und zu laden. Diese Ladung ist an Formen und Fristen nicht gebunden. Die Kommission faßt ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit.

Das Mandat der Kommission erlischt mit dem Zusammentritte der zufünstigen Stadtverordnetenversammlung. Von jeder Sitzung der Kommission ist unter Angabe der Tagesordnung dem Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg und dem Herrn Landrat in Gelsenkirchen Mitteilung zu machen, damit diese an

ben Sitzungen teilnehmen ober sich vertreten laffen können.

Den Gemeinden Bulmke und Hüllen wird der Ausbau einer anbaufähigen, nur zu einem Teile fertiggestellten Berbindungsstraße mit Wanne im Zuge der Philipp-Nidderstraße — Vismarckstraße bis zur Wanner Gemeindegrenze innerhalb 8 Jahren garantiert.

§ 11.

Sollte die Vereinigung der Gemeinden noch nicht zum 1. April 1903 stattsinden können, so kann durch Gesetz oder Königliche Verordnung — je nachtem die Vereinigung auf dem einen oder anderen Wege zu erfolgen hat — einanderer Zeitpunkt für die Vereinigung sestgesetzt werden. Geschieht dies, so tritt überall, wo in diesem Vertrage vom 1. April 1903 die Rede ist, an dessen Stelle der anderweit sestgesetzt Zeitpunkt.

Gelsenkirchen, den 20. November 1902.

(Folgen Unterschriften.)

Vereinigungsvertrag.

Zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und der Landgemeinde Ückendorf wird nachstehender Vertrag abgeschlossen:

\$ 1.

Vom 1. April 1903 ab wird die Landgemeinde Ückendorf mit der Stadtgemeinde Gelsenkirchen vereinigt.

\$ 2.

Mit dem Tage der Vereinigung werden die Aktiva und Passiwa beider Gemeinden zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen. Stiftungsvermögen bleibt jedoch den stiftungsmäßigen Zwecken nach wie vor erhalten.

\$ 3.

Die für Ückendorf erlassenen Ortsstatute, Steuerordnungen, Reglements und Polizeiverordnungen bleiben einstweilen in Kraft, bis sie im ordnungsmäßigen Wege aufgehoben werden, sofern nicht in diesem Vertrage etwas anderes bestimmt ist.

§ 4.

1. Bis zum 1. Januar 1915 bilden die jetige Gemeinde Gelfenkirchen

und die jetige Landgemeinde Uckendorf je einen befonderen Wahlbezirk.

Die juristischen Personen, welche im Jahre 1902 in mehreren der beteiligten Gemeinden Wahlrecht haben, behalten ihr Wahlrecht in jedem der entsprechenden Wahlbezirke bis zum 1. Januar 1915; bei Bildung der Gemeindewählerlisten der einzelnen Bezirke ist der auf die Gesamtstadt entfallende Satz an direkten Staats und Gemeindesteuern einer jeden dieser juristischen Personen nach dem gleichen Verhältnisse zu verteilen, nach welchem im Jahre 1902 der damals auf jede derselben entfallende Gesamtsatz derselben Steuerarten in den Wählerslisten verteilt ist.

2. In jedem Wahlbezirk entfällt für die Zeit bis zum 1. Januar 1909 auf je 2000 der bei der Personenstandsaufnahme im November 1902 ermittelten Einwohner ein Stadtverordneter mit der Maßgabe, daß die über ein Vielfaches von 2000 überschießende Einwohnerzahl gleich 2000 gerechnet wird, wenn sie mindestens 1000 beträgt, anderenfalls aber unberücksichtigt bleibt.

Hiernach entfallen auf den jetigen Stadtbezirk Gelsenkirchen mit 37 040 Einswohnern 19 Stadtverordnete, auf Uckendorf mit 22 753 Einwohnern 11 Stadtsverordnete.

3. Für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 1. Januar 1915 soll — abgesehen von zwecknäßiger, durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließender Abrundung nach oben oder unten — eine Beränderung der Zahl der Stadtverordneten nicht eintreten, und daher dann erneut auf Grund der im November 1907 stattsindenden Personenstandsaufnahme sestgestellt werden, auf wie viele Einwohner ein Stadtverordneter und wie viele Stadtverordnete auf jeden Wahlbezirf entfallen. Der Ausgleich hat bei der Wahl im November 1908 zu geschehen.

4. Ist die nach Vorstehendem auf einen Wahlbezirk entfallende Zahl der Stadtverordneten durch 3 nicht teilbar, so ist, je nachdem der Rest 2 oder 1 beträgt, entweder von der I. und III. oder von der II. Wahlabteilung je 1 Stadt

verordneter mehr zu wählen, als von der oder den anderen Abteilungen.

5. Von den zuerst — für die Zeit bis 1. Januar 1909 — zu wählenden Stadtverordneten (vgl. § 5) jeder Abteilung jeden Wahlbezirkes scheidet am 1. Januar 1905 ein Drittel und die etwa über ein Vielsaches von 3 überschießende Zahl, am 1. Januar 1907 ein weiteres Drittel aus. Für jede Absteilung wird durch das Los bestimmt, wer am 1. Januar 1905 und 1. Januar 1907 auszuscheiden hat.

Hat ein Wahlbezirk weniger als 9 Stadtverordnete, fo wird die Reihen-

folge des Ausscheidens ebenfalls durch das Los bestimmt.

Im übrigen regelt sich das Wahlverfahren nach Titel II der Städteordnung

für die Provinz Westfalen.

6. Das für die Stadt Gelsenkirchen geltende Ortsstatut vom 28. August 1902 über die Bildung der Gemeinde Wählerabteilungen nach dem Maßstade der Zwölftelung erhält Gültigkeit auch für die Gemeinde Ückendorf und kommt bereits für die ersten Stadtverordnetenwahlen (§ 5) zur Anwendung. Die zukünftige Stadtverordnetenversammlung soll in Änderung des Statuts nicht behindert sein.

\$ 5

Die Wahlen zu der nach § 4 zu bildenden Stadtverordnetenversammlung können schon vor dem Tage der Vereinigung stattsinden. Die hierzu erforderlichen Anordnungen hat der Erste Bürgermeister von Gelsenkirchen, für Ückendorf im Einvernehmen mit dem Amtmann des Amtes Ückendorf zu treffen.

\$ 6.

1. Der Erste Bürgermeister Machens in Gelsenkirchen — bessen Wahlsperiode bis zum 1. Mai 1912 läuft — verbleibt an der Spihe der Verwaltung der erweiterten Stadtgemeinde. Er bezieht ein Gehalt von 15000 Mark und freie Dienstwohnung, deren pensionsfähiger Wert auf 1500 Mark sestendt wird. Außerdem bezieht der Erste Bürgermeister Machens eine nicht pensionsfähige Entschädigung für Repräsentationss und Fuhrkosten innerhalb des Stadtbezirkes im Vetrage von 3000 Mark jährlich.

Bei seiner Pensionierung kommen nach dem Stadtwerordnetenbeschlusse vom 28. August 1902 außer der im Dienste der Stadt Gelsenkirchen verbrachten Zeit 6 auswärtige Dienstjahre in Anrechnung.

2. Der Amtmann von Wedelstaedt in Uckendorf wird als besoldeter Beigeordneter mit selbständigem Dezernat im Dienste der Stadtgemeinde auf zwölf

Jahre angestellt. Sein Gehalt wird auf 9 000 Mark testgesett.

Außerdem behält er seine Dienstwohnung im vollen bisherigen Umfange. Ihr Wert ist bei Berechnung des pensionsfähigen Diensteinkommens mit 1 000 Mark anzuschen. Im Falle seiner Pensionierung wird sein Ruhegehalt in der Weise festgesetzt, daß bei Berechnung der Zahl der Dienstjahre außer den im städtischen Dienste verbrachten Jahren auch diesenigen Jahre in Ansat gebracht werden, welche in Anrechnung zu bringen gewesen wären, wenn Herr von Wedel-

ftaedt am 1. April 1903 in Ruhestand getreten wäre.

Im Range und Diensteinkommen dürsen ihm nur der Erste Bürgermeister Machens und, sofern auch die Landgemeinde Schalke mit der Stadt Gelsenkirchen vereinigt wird und der Amtmann Klose in den Dienst der Stadt tritt, dieser vorgehen. Sollte ersterer ausscheiden und Amtmann von Wedelstaedt nicht als Nachsolger gewählt werden, so hat er das Necht, aus dem Dienste der Stadt auszutreten, die alsdann verpflichtet ist, ihm sein jetziges Diensteinkommen mit 7000 Mark auf Lebenszeit zu zahlen, wogegen er jeden Anspruch auf Pension, jedoch nicht auf Witwens und Waisenversorgung verliert. Bei Behinderung des Ersten Bürgermeisters werden die künstigen Beigeordneten Klose, von Eberstein und von Wedelstaedt die Vertretung abwechselnd nach näherer Bestimmung übernehmen. Für den fünstigen Beigeordneten von Wedelstaedt ist die Genehmigung zur Führung des Titels "Bürgermeister" nachzusuchen.

3. Die übrigen zur Zeit der Bereinigung im Dienste des Amtes Uckendorf und der Gemeinde Uckendorf stehenden Beamten sowie die Lehrpersonen gehen von diesem Zeitpunkt an mit ihrem Diensteinkommen und ihren Ansprüchen auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung in den Dienst der erweiterten Stadtgemeinde über. Läßt sich in einzelnen Fällen eine Schädigung ihrer jetzigen Dienststellung nicht vermeiden, so sind Entschädigungen nach billigem Ermessen

durch die zufünftige Stadtverordnetenversammlung zu bewilligen.

§ 7.

1. Der Sitz der städtischen Hauptverwaltung verbleibt in der jetzigen Stadt Gelsenkirchen.

2. Die Sparkasse in Uckendorf geht in den Besitz der erweiterten Stadtsgemeinde über, welche vom Tage der Vereinigung ab den Garantieverband für die Sparkasse bildet. Sie bleibt jedoch so lange als selbständige Sparkasse bestehen, bis die Stadtverordnetenversammlung die Vereinigung mit der Sparkasse in Gelsenkirchen beschließt.

3. Das im Abs. 2 Gefagte gilt sinngemäß auch von der Sparkaffe in

Gelsenfirchen.

\$ 8.

Die Art der Besteuerung soll in der zukunftigen erweiterten Stadtgemeinde mit folgenden Ausnahmen gleich sein:

a) Solange in der jetigen Stadt Gelsenkirchen Schulfozietäten bestehen und Schulsteuern erhoben werden, sollen diese den Steuerpflichtigen das selbst auf die von ihnen zu zahlenden Gemeindesteuern angerechnet werden.

b) In der jezigen Gemeinde Uckendorf erhalten die beiden Kirchengemeinden Zuschüffe aus der Gemeindekasse, die sich auf 1-Mark für jeden evansgelischen und katholischen Sinwohner belausen. Diese Zuschüffe sollen auch ferner aus der Stadtkasse gezahlt werden. Dafür sind die Zuschläge zur Sinkommensteuer derjenigen Personen, Gesellschaften usw., die nach § 33 des Kommunalabgabengesetes in der Gemeinde Ückendorfsteuerpslichtig wären, wenn diese selbständig bliebe, um so viel höher zu belassen, daß dadurch die Ausgabe für die Zuschüsse gedeckt wird.

c) Die in der jetzigen Stadt Gelsenkirchen eingeführte Grundsteuer nach dem gemeinen Werte ist — vorbehaltlich eines anderweitigen Beschlusses der künftigen Stadtverordnetenversammlung — für den Bezirk der

Gemeinde Uckendorf nicht maßgebend.

An ihrer Stelle werden Zuschläge zur staatlich veranlagten Grund= und Gebäudesteuer von solcher Höhe erhoben, wie sie in Gelsenkirchen zur Deckung des Solls der skädtischen Grundsteuer erforderlich sein würden.

\$ 9.

Dieser Vertrag wird geschlossen in Kenntnis von den gleichzeitig zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und den Landgemeinden Vismarck, Bulmke, Hüllen geschlossenen Vereinigungsverträgen. Die Landgemeinde Ückendorf tritt denselben damit bei.

§ 10.

Unter dem Vorsitze des Ersten Bürgermeisters Machens wird aus diesem, den Amtmännern von Eberstein und von Wedelstaedt und den Herren:

a) für die Stadt Gelsenkirchen
Bergwerksbirgktor Naserhoff

Bergwerksdirektor Naderhoff, Justizrat Greve, Sanitätsrat Dr. Kalckenberg,

b) für die Gemeinde Ückendorf Bergwerksdirektor Bingel, Gemeindevorsteher Beckmann,

c) für die Gemeinden des Amtes Bismarck
Vergwerksdirektor Leibold,
Generaldirektor Burgers,
Gutsbesitzer Dr. Wilhelms,
Direktor Großbüning

eine Rommiffion gebildet.

Diese Kommission erhält von allen beteiligten Gemeinden den Auftrag und die Vollmacht:

1. bis zum Inkrafttreten der Vereinigung bindende Übergangsbestimmungen zu treffen;

2. Beschlüffe der zukunftigen Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten;

3. Anderungen der fämtlichen Vereinigungsverträge vorzunehmen, welche von der Königlichen Staatsregierung von Aufsichts wegen gefordert werden;

4. mit den Landgemeinden Schalke und Heßler auch über ihre Vereinigung mit der Stadt Gelsenkirchen zu verhandeln und nach ergebnisvollem Verlaufe der Verhandlungen einen Vereinigungsvertrag zu schließen.

Die Kommission ist, wenn ihre Mitglieder nach den Bestimmungen der Städtes oder Landgemeindeordnung ordnungsmäßig geladen sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Gibt ein Kommissionsmitglied je nach seinem Wohnorte dem Ersten Bürgermeister in Gelsenkirchen, dem Amtmanne von Bismarck oder dem Amtmanne von Ückendorf Nachricht von seiner Behinderung, so hat dieser einen Stellvertreter zu bestimmen und zu laden. Diese Ladung ist an Formen und Fristen nicht gebunden. Die Kommission faßt ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit.

Das Mandat der Kommission erlischt mit dem Zusammentritte der zu-

fünftigen Stadtverordnetenversammlung.

Von jeder Sitzung der Kommission ist unter Angabe der Tagesordnung dem Herrn Regierungspräsidenten und dem Herrn Landrat des Kreises Gelsentirchen behufs Teilnahme an der Sitzung Mitteilung zu machen.

\$ 11.

Sollte die Vereinigung der Gemeinden noch nicht zum 1. April 1903 stattsinden können, so kann durch Gesetz oder Königliche Verordnung — je nachdem die Vereinigung auf dem einen oder anderen Vege zu erfolgen hat — ein anderer Zeitpunkt für die Vereinigung sestgesetzt werden. Geschieht dies, so tritt überall, wo in diesem Vertrage vom 1. April 1903 die Rede ist, an dessen Stelle der anderweit sestgesetzt Zeitpunkt.

Gelsenkirchen, den 20. November 1902.

(Folgen Unterschriften.)

unen vertell in.

2. Ha grown abalvegich encoun pier die Seit vis zure 1. Thedak 1900 auf is 2000 parken in 1900 grown in November 1900 growner

Vereinigungsvertrag.

Zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und der Landgemeinde Schalke wird nachstehender Vertrag abgeschlossen.

§ 1.

Vom 1. April 1903 ab wird die Landgemeinde Schalke mit der Stadtgemeinde Gelsenkirchen vereinigt.

\$ 2.

Mit dem Tage der Vereinigung werden die Aktiva und Passiva beider Gemeinden zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen. Stiftungsvermögen bleibt jedoch den stiftungsmäßigen Zwecken nach wie vor erhalten.

§ 3.

Die für Schalke erlassenen Ortsstatute, Steuerordnungen, Reglements und Polizeiverordnungen bleiben einstweilen in Kraft, bis sie im ordnungsmäßigen Wege aufgehoben werden, sofern nicht in diesem Vertrag etwas anderes bestimmt ist.

\$ 4.

1. Bis zum 1. Januar 1915 bilden die jetige Stadtgemeinde Gelfenfirchen

und die jetige Landgemeinde Schalke je einen besonderen Wahlbezirk.

Die juriftischen Personen, welche im Jahre 1902 in mehreren der besteiligten Gemeinden Wahlrecht haben, behalten ihr Wahlrecht in jedem der entsprechenden Wahlbezirke bis zum 1. Januar 1915; bei Bildung der Gemeindes wählerlisten der einzelnen Bezirke ift der auf die Gesamtstadt entfallende Satz an direkten Staatss und Gemeindesteuern einer jeden dieser juriftischen Personen nach dem gleichen Verhältnisse zu verteilen, nach welchem im Jahre 1902 der damals auf jede derselben entfallende Gesamtsatz derselben Steuerarten in den Wählerslisten verteilt ist.

2. In jedem Wahlbezirk entfällt für die Zeit bis zum 1. Januar 1909 auf je 2000 der bei der Personenstandsaufnahme im November 1902 ermittelten Einwohner ein Stadtverordneter mit der Maßgabe, daß die über ein Vielfaches von 2000 überschießende Einwohnerzahl gleich 2000 gerechnet wird, wenn sie mindestens 1000 beträgt, andernfalls aber unberücksichtigt bleibt.

Hiernach entfallen auf den jetigen Stadtbezirk Gelsenkirchen mit 37 040 Einswohnern 19 Stadtverordnete, auf Schalke mit 26 733 Einwohnern 13 Stadtsverordnete.

3. Für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 1. Januar 1915 folk— abgesehen von zwecknäßiger, durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließender Abrundung nach oben oder unten — eine Veränderung der Zahl der Stadtverordneten nicht eintreten und daher dann erneut auf Grund der im November 1907 stattsindenden Personenstandsaufnahme sestgestellt werden, auf wie viele Einwohner ein Stadtverordneter und wie viele Stadtverordnete auf jeden Wahlbezirt entfallen. Der Ausgleich hat bei der Wahl im November 1908 zu geschehen.

4. Ist die nach Vorstehendem auf einen Wahlbezirk entfallende Zahl der Stadtwerordneten durch 3 nicht teilbar, so ist, je nachdem der Rest 2 oder 1 beträgt, entweder von der I. und III. oder von der II. Wahlabteilung je 1 Stadtwerordneter mehr zu wählen als von der oder den anderen Abteilungen.

5. Von den zuerst — für die Zeit bis 1. Januar 1909 — zu wählenden Stadtverordneten (vgl. § 5) jeder Abteilung jeden Wahlbezirkes scheidet am 1. Januar 1905 ein Drittel und die etwa über ein Vielsaches von 3 überschießende Zahl, am 1. Januar 1907 ein weiteres Drittel aus. Für jede Abzteilung wird durch das Los bestimmt, wer am 1. Januar 1905 und 1. Januar 1907 auszuscheiden hat.

Hat ein Wahlbezirk weniger als 9 Stadtwerordnete, so wird die Reihen-

folge des Ausscheidens ebenfalls durch das Los bestimmt.

Im übrigen regelt fich das Wahlverfahren nach Titel II ber Städteordnung

für die Proving Westfalen.

6. Das für die Stadt Gelsenfirchen geltende Ortsstatut vom 28. August 1902 über die Bildung der Gemeindewählerabteilungen nach dem Maßstabe der Zwölftelung erhält Gültigkeit auch für die Gemeinde Schalke und kommt bereits für die ersten Stadtverordnetenwahlen (§ 5) zur Anwendung. Die zukünftige Stadtverordnetenversammlung foll in Änderung des Statuts nicht behindert sein.

§ 5.

Die Wahlen zu der nach § 4 zu bildenden Stadtverordnetenversammlung können schon vor dem Tage der Vereinigung stattsinden. Die hierzu erforder-lichen Anordnungen hat der Erste Bürgermeister von Gelsenkirchen, für Schalke im Einvernehmen mit dem Amtmanne des Amtes Schalke zu treffen.

§ 6.

1. Der Erste Bürgermeister Machens in Gelsenkirchen — bessen Wahlsperiode bis zum 1. Mai 1912 täuft — verbleibt an der Spize der Verwaltung der erweiterten Stadtgemeinde. Er bezieht ein Gehalt von 15000 Mark und freie Dienstwohnung, deren pensionsfähiger Wert auf 1500 Mark sessegt wird. Außerdem bezieht der Erste Bürgermeister Machens eine nicht pensionsfähige Ents

schädigung für Repräsentations- und Fuhrkosten innerhalb des Stadtbezirkes im Betrage von 3 000 Mark.

Bei seiner Pensionierung kommen nach dem Stadtwerordnetenbeschlusse vom 28. August 1902 außer der im Dienste der Stadt Gelsenkirchen verbrachten Zeit

6 auswärtige Dienstjahre in Unrechnung.

2. Der Amtmann Klose in Schalte wird als besoldeter Beigeordneter mit selbständigem Dezernat im Dienste der Stadtgemeinde auf 12 Jahre angestellt. Sein Gehalt wird auf 12 000 Mark sestgesett. Außerdem behält er seine Dienste wohnung im vollen bisherigen Umfange. Ihr Wert ist bei Berechnung des pensionsfähigen Diensteinkommens mit 1 000 Mark anzusehen. Im Falle seiner Pensionierung erhält er ein Ruhegehalt von 45 Sechzigsteln seines pensionsfähigen Diensteinkommens.

Im Range und Diensteinkommen darf ihm nur der Erste Bürgermeister

Machens vorgehen.

Bei Behinderung des Ersten Bürgermeisters werden die künftigen Beisgeordneten Klose, von Eberstein und von Wedelstaedt die Vertretung abwechselnd nach näherer Bestimmung übernehmen. Für den künftigen Beigeordneten Klose ist die Genehmigung zur Führung des Titels »Bürgermeister« nachzususchen.

3. Die übrigen zur Zeit der Vereinigung im Dienste des Amtes und der Gemeinde Schalke stehenden Beamten sowie die Lehrpersonen gehen von diesem Zeitpunkt an mit ihrem Diensteinkommen und ihren Ansprüchen auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung in den Dienst der erweiterten Stadtgemeinde über. Läßt sich in einzelnen Fällen eine Schädigung ihrer jetzigen Dienststellung nicht vermeiden, so sind Entschädigungen nach billigem Ermessen durch die zufünftige Stadtverordnetenversammlung zu bewilligen.

\$ 7.

- 1. Der Sitz der städtischen Hauptverwaltung verbleibt in der jetzigen Stadt Gelsenkirchen.
- 2. Die Sparkasse in Schalke geht in den Besitz der erweiterten Stadtgemeinde über, welche vom Tage der Bereinigung ab den Garantieverband für
 die Sparkasse bildet. Sie bleibt jedoch so lange als selbständige Sparkasse bestehen, bis die Stadtwerordnetenwersammlung die Bereinigung mit der Sparkasse
 in Gelsenkirchen beschließt.

3. Das im Abs. 2 Gesagte gilt sinngemäß auch von der Sparkaffe in

Gelsenkirchen.

§ 8.

Die Art der Besteuerung soll in der zufünftigen erweiterten Stadtgemeinde mit folgenden Ausnahmen gleich sein:

a) Solange in der jetigen Stadt Gelsenkirchen Schulsozietäten bestehen und Schulsteuern erhoben werden, sollen diese den Steuerpflichtigen daselbst auf die von ihnen zu zahlenden Gemeindesteuern angerechnet werden.

b) In der jezigen Gemeinde Ückendorf erhalten die beiden Kirchengemeinden Zuschüsse aus der Gemeindekasse, die sich auf 1 Mark für jeden evangelischen und katholischen Sinwohner belausen. Diese Zuschüsse sollen auch serner aus der Stadtkasse gezahlt werden. Dafür sind die Zusschläge zur Sinkommensteuer derjenigen Personen, Gesellschaften usw., die nach § 33 des Kommunalabgabengesetzes in der Gemeinde Ückendorf steuerpflichtig wären, wenn diese selbständig bliebe, um so viel höher zu belasten, daß dadurch die Ausgabe für die Zuschüsse gedeckt wird. Innerhalb der ersten 15 Jahre, vom Tage der Vereinigung ab, darf kein Zuschuß an eine Kirchengemeinde gewährt werden, der eine Mehrbelastung für die Eingesessenen von Schalke bedingt.

c) Die in der jetigen Stadt Gelsenkirchen eingeführte Grundsteuer nach dem gemeinen Werte ist — vorbehaltlich eines anderweitigen Beschlusses der künftigen Stadtverordnetenversammlung — für den Bezirk der Gemeinde Schalke nicht maßgebend. An ihrer Stelle werden Zuschläge zur staatlich veranlagten Grund= und Gebäudesteuer von solcher Höhe erhoben, wie sie in Gelsenkirchen zur Deckung des Solls der städtischen

Grundsteuer erforderlich sein würden.

\$ 9.

Dieser Vertrag wird geschlossen in Kenntnis von den am 20. November 1902 zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und den Landgemeinden Vismarck, Bulmke, Hüllen, Ückendorf geschlossenen Vereinigungsverträgen. Die Landgemeinde Schalke tritt denselben damit bei.

\$ 10.

Unter dem Vorsitze des Ersten Bürgermeisters Machens wird aus diesem, den Amtmännern Klose, von Eberstein und von Wedelstaedt und

a) für die Stadt Gelsenkirchen

Bergwerksdirektor Naderhoff, Justigrat Greve,

Sanitätsrat Dr. Falckenberg,

b) für die Gemeinde Ückendorf Bergwerksdirektor Bingel, Gemeindevorsteher Beckmann,

c) für die Gemeinden des Amtes Bismarck
Bergwerksdirektor Leibold,
Generaldirektor Burgers,
Gutsbesitzer Dr. Wilhelms,
Direktor Großbüning,

d) für die Gemeinde Schalke Bergrat Müller, Direktor Sichhoff

eine Kommission gebildet.

Diese Kommission erhält von allen beteiligten Gemeinden den Auftrag und die Vollmacht:

1. bis zum Infrafttreten der Bereinigung bindende Übergangsbestimmungen zu treffen;

2. Beschlüsse der zufünftigen Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten;

3. Anderungen der fäintlichen Bereinigungsverträge vorzunehmen, welche von der Königlichen Staatsregierung von Aufsichts wegen gefordert werden;

4. mit der Landgemeinde Heffler über auch ihre Bereinigung mit der Stadt Gelsenfirchen zu verhandeln und nach ergebnisvollem Verlaufe

der Berhandlungen einen Bereinigungsvertrag zu schließen.

Die Kommiffion ift, wenn ihre Mitglieder nach den Bestimmungen der Städte- oder Landgemeindeordnung ordnungsmäßig geladen find, ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Gibt ein Kommissionsmitglied je nach seinem Wohnorte bem Ersten Bürgermeister in Gelfenkirchen, dem Umtmanne von Bismarck, dem Amtmanne von Uckendorf oder dem Amtmanne von Schalte Nachricht von feiner Behinderung, fo hat diefer einen Stellvertreter gu bestimmen und zu laden. Diese Ladung ist an Formen und Fristen nicht gebunden. Die Kommission faßt ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit.

Das Mandat der Kommission erlischt mit dem Zusammentritt der zu-

fünftigen Stadtverordnetenversammlung.

Bon jeder Sitzung der Kommission ist unter Angabe der Tagesordnung bem Herrn Regierungspräsidenten und dem Herrn Landrat des Landfreises Gelsenfirchen behufs Teilnahme an den Sitzungen Mitteilung zu machen.

\$ 11.

Der Gemeinde Schalke wird folgendes zugestanden:

1. Die Stadtverwaltung ber zufünftigen erweiterten Stadtgemeinde fett auf ihr Programm der weiteren Ausgestaltung des Kleinbahnnetes als ersten Punkt den Ausbau der folgenden Linien:

a) Linie Caternberg-Bismarck durch die Grillo = oder Wilhelmstraße,

b) Fortsetzung der Linie über den Sutumer Weg bis nach Buer, c) Linie Heftler durch die Wilhelminenstraße nach Gelsenkirchen;

2. Die Belaffung des vorhandenen Gymnafiums oder an deffen Stelle

einer anderen höheren Bollanstalt;

3. Die Herstellung eines Blates mit gärtnerischen Unlagen westlich ber Friedrichstraße, wofür eine Summe von mindeftens 60 000 Mark auf-

zuwenden ist;

4. Spätestens innerhalb eines Jahres nach erfolgter Genehmigung bes für die Gemeinde Schalke aufgestellten Ranalisationsprojekts und nach dem Cintritte von dessen Durchführbarkeit muß die Ausführung desselben in Angriff genommen und sodann im bebauten Gemeindeteil mit möglichster Beschleunigung fortgeseht und beendet werden.

\$ 12.

Sollte die Bereinigung der Gemeinden noch nicht zum 1. April 1903 stattsinden können, so kann durch Gesetz oder Königliche Berordnung — je nachtem die Bereinigung auf dem einen oder anderen Wege zu erfolgen hat — ein anderer Zeitpunkt für die Bereinigung festgesetzt werden. Geschieht dies, so tritt überall, wo in diesem Bertrage vom 1. April 1903 die Nede ist, an dessen Stelle der anderweit festgesetzte Zeitpunkt.

Schalfe, den 5. Dezember 1902.

(Folgen Unterschriften.)

VI.

Vereinigungsvertrag.

Zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und der Landgemeinde Heßler wird nachstehender Vertrag abgeschlossen.

\$ 1.

Vom 1. April 1903 ab wird die Landgemeinde Hesser mit der Stadtsgemeinde Gelsenkirchen vereinigt.

\$ 2.

Mit dem Tage der Vereinigung werden die Aftiva und Passiva beider Gemeinden zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen. Stiftungswermögen bleibt jedoch den stiftungsmäßigen Zwecken nach wie vor erhalten.

\$ 3.

Die für Heßler erlassenen Ortsstatute, Steuerordnungen, Reglements und Polizeiverordnungen bleiben einstweilen in Kraft, bis sie im ordnungsmäßigen Wege aufgehoben werden, sofern nicht in diesem Vertrage etwas anderes bestimmt ist.

\$ 4.

1. Bis zum 1. Januar 1915 bilden die jetige Stadtgemeinde Gelsenfirchen und die jetige Landgemeinde Hesser je einen besonderen Wahlbezirk. Die juristischen Personen, welche im Jahre 1902 in mehreren der beteiligten Gemeinden Wahlrecht haben, behalten ihr Wahlrecht in jedem der entsprechenden Wahlbezirke bis zum 1. Januar 1915; bei Bildung der Gemeindewählerlisten der einzelnen Bezirke ist der auf die Gesamtstadt entfallende Satz an direkten Staats- und Gemeindesteuern einer jeden dieser juristischen Personen nach dem gleichen Vershältnisse zu verteilen, nach welchem im Jahre 1902 der damals auf jede derselben entfallende Gesamtsatz derselben Steuerarten in den Wählerlisten verteilt ist.

2. In jedem Wahlbezirk entfällt für die Zeit bis zum 1. Januar 1909 auf je 2000 der bei der Personenstandsaufnahme im November 1902 ermittelten Einwohner ein Stadtverordneter mit der Maßgabe, daß die über ein Vielfaches von 2000 überschießende Einwohnerzahl gleich 2000 gerechnet wird, wenn sie

mindestens 1000 beträgt, anderenfalls aber unberücksichtigt bleibt.

Hiernach entfallen auf den jetigen Stadtbezirk Gelsenkirchen mit 37040 Einswohnern 19 Stadtverordnete, auf Heßler mit 6116 Einwohnern 3 Stadtverordnete.

3. Für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 1. Januar 1915 foll — absgesehen von zweckmäßiger, durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließender Abrundung nach oben oder unten — eine Veränderung der Zahl der Stadtwerordneten nicht eintreten, und daher dann erneut auf Grund der im November 1907 stattsindenden Personenstandsaufnahme festgestellt werden, auf wie viele Sinswohner ein Stadtwerordneter und wie viele Stadtwerordnete auf jeden Wahlbezirt entfallen. Der Ausgleich hat bei der Wahl in November 1908 zu geschehen.

4. Ist die nach Vorstehendem auf einen Wahlbezirk entfallende Zahl der Stadtverordneten durch 3 nicht teilbar, so ist, je nachdem der Rest 2 oder 1 beträgt, entweder von der I. und III. oder von der II. Wahlabteilung je 1 Stadtverordneter mehr zu wählen, als von der oder den anderen Abteilungen.

5. Bon den zuerst — für die Zeit bis 1. Januar 1909 — zu wählenden Stadtverordneten (vgl. § 5) jeder Abteilung jeden Wahlbezirkes, scheidet am 1. Januar 1905 ein weiteres Drittel und die etwa über ein Vielsaches von 3 überschießende Zahl, am 1. Januar 1907 ein weiteres Drittel aus. Für jede Abteilung wird durch das Los bestimmt, wer am 1. Januar 1905 und 1. Januar 1907 auszuscheiden hat.

Hat ein Wahlbezirk weniger als 9 Stadtverordnete, so wird die Reihensfolge des Ausscheidens ebenfalls durch das Los bestimmt. Im übrigen regelt sich das Wahlversahren nach Titel II der Städteordnung für die Provinz Westfalen.

6. Das für die Stadt Gelsenkirchen geltende Ortsstatut vom 28. August 1902 über die Bildung der Gemeindewählerabteilungen nach dem Maßstade der Zwölftelung erhält Gültigkeit auch für die Gemeinde Heßler und kommt bereits für die ersten Stadtverordnetenwahlen (§ 5) zur Anwendung. Die zukünftige Stadtverordnetenwersammlung soll in Änderung des Statuts nicht behindert sein.

§ 5.

Die Wahlen zu der nach § 4 zu bildenden Stadtverordnetenversammlung können schon vor dem Tage der Vereinigung stattfinden. Die hierzu erforder

lichen Anordnungen hat der Erste Bürgermeister von Gelsenkirchen, für Heßler im Einvernehmen mit dem Amtmanne des Amtes Schalke zu treffen.

\$ 6.

- 1. Der Erste Bürgermeister Machens in Gelsenkirchen dessen Wahlsperiode bis zum 1. Mai 1912 läuft verbleibt an der Spize der Verwaltung der erweiterten Stadtgemeinde. Er bezieht ein Gehalt von 15 000 Mark und freie Dienstwohnung, deren pensionsfähiger Wert auf 1500 Mark sestgeset wird. Außerdem bezieht der Erste Bürgermeister Machens eine nicht pensionsfähige Entschädigung für Repräsentations und Fuhrkosten innerhalb des Stadtbezirfes im Vetrage von 3 000 Mark jährlich. Vei seiner Pensionierung kommen nach dem Stadtwerordnetenbeschlusse vom 28. August 1902 außer der im Dienste der Stadt Gelsensischen verbrachten Zeit 6 auswärtige Dienstjahre in Anrechnung.
- 2. Die zur Zeit der Bereinigung im Dienste der Gemeinde Heßler stehenden Beamten sowie die Lehrpersonen gehen von diesem Zeitpunkt an mit ihrem Diensteinkommen und ihren Ansprüchen auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung in den Dienst der erweiterten Stadtgemeinde über. Läßt sich in einzelnen Fällen eine Schädigung ihrer jezigen Dienststellung nicht vermeiden, so sind Entschädigungen nach billigem Ermessen durch die zukünstige Stadtverordnetenversammlung zu bewilligen.

\$ 7.

Der Sitz der städtischen Hauptverwaltung verbleibt in der jetzigen Stadt Gelsenkirchen.

off and one § 8. miles and separate

Die Art der Besteuerung soll in der zukunftigen erweiterten Stadtgemeinde mit folgenden Ausnahmen gleich sein:

- a) Solange in der jetigen Stadt Gelsenkirchen Schulsozietäten bestehen und Schulsteuern erhoben werden, sollen diese den Steuerpflichtigen daselbst auf die von ihnen zu zahlenden Gemeindeskeuern angerechnet werden.
- b) In der jezigen Gemeinde Ückendorf erhalten die beiden Kirchengemeinden Zuschüsse aus der Gemeindekasse, die sich auf 1 Mark für jeden evangelischen und katholischen Einwohner belausen. Diese Zuschüsse sollen auch ferner aus der Stadtkasse gezahlt werden. Dafür sind die Zuschläge zur Einkommensteuer derjenigen Personen, Gesellschaften usw., die nach § 33 des Kommunalabzabengesetzes in der Gemeinde Ückendorf steuerpslichtig wären, wenn sie selbständig bliebe, um so viel höher zu belasten, daß dadurch die Ausgabe für die Zuschüsse gedeckt wird.
- c) Die in der jetigen Stadt Gelsenkirchen eingeführte Grundsteuer nach dem gemeinen Werte ist vorbehaltlich eines anderweitigen Beschlusses

ber fünftigen Stadtverordnetenversammlung — für den Bezirk der Gemeinde Heßler nicht maßgebend. Un ihrer Stelle werden Zuschläge zur staatlich veranlagten Grund= und Gebäudesteuer von solcher Höhe erhoben, wie sie in Gelsensirchen zur Deckung des Solls der städtischen Grundsteuer erforderlich sein würden (siehe jedoch nachstehend unter d).

d) Die jetzt in der Gemeinde Heßler Steuerpflichtigen sowie deren Nachsfommen und ersten Rechtsnachfolger im Erbgange zahlen dis zum 1. April 1918 an Kommunalsteuern von der auf den Bezirk der Gemeinde Heßler entfallenden Sinkommens, Grunds und Gebäudesteuer je 25 Prozent weniger als die übrigen Steuerpflichtigen der erweiterten Stadtgemeinde, jedoch höchstens 150 Prozent der Sinkommens und 170 Prozent der Grunds und Gebäudesteuer und mindestens 140 Prozent der Sinkommens und 160 Prozent der Grunds und Gebäudesteuer. Belastet die erweiterte Stadtgemeinde die eine oder andere Steuerart mit geringeren Steuerzuschlägen, so kommen auch diese niederen Sähe für den Bezirk Heßler zur Erhebung.

\$ 9.

Dieser Bertrag wird geschlossen in Kenntnis von den für Bismarck, Bulmke, Hüllen und Ückendorf am 20. November 1902, für Schalke am 5. Dezember zwischen der Stadtgemeinde Gelsenkirchen und den genannten Landgemeinden geschlossenen Bereinigungsverträgen. Die Landgemeinde Heßler tritt denselben damit bei.

\$ 10.

Unter dem Vorsitze des Ersten Bürgermeisters Machens wird aus diesem, den Amtmännern Klose, von Eberstein und von Wedelstaedt und

a) für die Stadt Gelsenkirchen Bergwerksdirektor Naderhoff, Justizrat Greve, Sanitätsrat Dr. Falckenberg,

b) für die Gemeinde Ückendorf Bergwerksdirektor Bingel, Gemeindevorsteher Beckmann,

- c) für die Gemeinden des Amtes Bismarck Bergwerksdirektor Leibold, Generaldirektor Burgers, Direktor Großbüning, Gutsbesitzer Dr. Wilhelms,
- d) für die Gemeinde Schalfe Bergrat Müller, Direktor Sichhoff,

e) für die Gemeinde Heßler Borsteher Uhmann, Landwirt E. Schalte

eine Kommiffion gebildet.

Diese Kommission erhält von allen beteiligten Gemeinden den Auftrag und die Vollmacht:

- 1. bis zum Inkrafttreten der Bereinigung bindende Übergangsbestimmungen zu treffen;
- 2. Beschlüffe ber zufünftigen Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten;
- 3. Anderungen der fämtlichen Bereinigungsverträge vorzunehmen, welche von der Königlichen Staatsregierung von Aufsichts wegen gefordert werden.

Die Kommission ist, wenn ihre Mitglieder nach den Bestimmungen der Städte- oder Landgemeindeordnung ordnungsmäßig geladen sind, ohne Nücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Gibt ein Kommissionsmitglied je nach seinem Wohnorte dem Ersten Bürgermeister in Gelsenkirchen, dem Amt-manne von Vismarck, dem Amtmanne von Ückendorf oder dem Amtmanne von Schalke Nachricht von seiner Behinderung, so hat dieser einen Stellvertreter zu bestimmen und zu laden. Diese Ladung ist an Formen und Fristen nicht ge-bunden. Die Kommission faßt ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit.

Das Mandat der Kommission erlischt mit dem Zusammentritte der zufünstigen Stadtverordnetenversammlung. Von jeder Sitzung der Kommission ist unter Angabe der Tagesordnung dem Herrn Regierungspräsidenten und dem Herrn Landrat des Landkreises Gelsenkirchen behufs Teilnahme an der Sitzung

Mitteilung zu machen.

§ 11.

Der Gemeinde Hefter wird folgendes zugeftanden:

- a) Innerhalb der 3 ersten Jahre nach vollzogener Vereinigung sollen in der jetzigen Gemeinde Heßler für außerordentliche Wegebauzwecke im ganzen 150 000 Mark verwendet werden. Über die Verwendungsart beschließt bis zum 1. April 1903 die Gemeindevertretung von Heßler.
- b) Der Schlachthauszwang für Privatschlachtungen darf für den Bezirk der Gemeinde Heßler vor Ablauf von 15 Jahren nach der Vereinigung nur dann eingeführt werden, wenn in demselben 20 000 Seelen wohnen.
- e) Die Stadtverwaltung hat in gleicher Weise wie den Ausbau der in dem Vertrage mit Schalke aufgeführten Straßenbahnlinien, die Weiterführung der Linie Gelsenkirchen-Wilhelminenstraße-Heßler nach Caternberg, Horst oder Altenessen zu betreiben.
- d) Die erweiterte Stadtgemeinde hat für alsbaldige Schaffung einer ansgemessenen Straßenbeleuchtung in Heßler zu sorgen.

§ 12.

Sollte die Vereinigung der Gemeinden noch nicht zum 1. April 1903 stattsinden können, so kann durch Gesetz oder Königliche Verordnung — je nachs dem die Vereinigung auf dem einen oder anderen Wege zu erfolgen hat — ein anderer Zeitpunkt für die Vereinigung sestgesetzt werden. Geschieht dies, so tritt überall, wo in diesem Vertrage vom 1. April 1903 die Nede ist, an dessen Stelle der anderweit sestgesetzte Zeitpunkt.

Schalke, den 15. Dezember 1902.

(Folgen Unterschriften.)

(Nr. 10432.) Allerhöchster Erlaß vom 8. April 1903, betreffend die Errichtung einer Bergwerksdirektion in Dortmund.

Auf Ihren Bericht vom 5. April d. J. bestimme Ich, was folgt:

Bur Berwaltung der staatlichen Steinkohlenbergwerke in Westfalen wird eine Bergwerksdirektion, einstweilen mit dem Sitze in Dortmund, errichtet. Diese Direktion untersteht dem Oberbergamt in Dortmund. Ihr Vorsitzender soll zur dritten Rangklasse der höheren Provinzialbeamten gehören. Der Geschäftsgang der Direktion wird durch eine von dem Minister für Handel und Gewerbe zu erlassende Geschäftsanweisung geregelt.

Berlin, den 8. April 1903.

Wilhelm.

Un den Minister für Handel und Gewerbe.

Redigiert im Bureau bes Staatsministeriums.

Berlin, gebruckt in ber Reichsbruckerei.